



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Politische Weihnachtsbilder aus Sachsen. I.**

**1850**

der Kapitän Donner, der die schleswig-holsteinsche Flottille anfänglich befehligte, ist ein geborener Altonaer, der früher längere Zeit als Offizier der dänischen Flotte gedient hatte. In dem Seekadetteninstitut in Kiel, wo junge Leute gebildeter Stände theoretisch und praktisch für den Flottendienst ausgebildet werden, befinden sich Kadetten aus allen Theilen Deutschlands, Söhne Preußens, Baierns, Sachsens u. s. w. Der Zudrang hiezu ist so groß, daß kaum die Hälfte der sich Meldenden aufgenommen werden kann. Ueberhaupt wenden sich seit 2 Jahren eine Menge junger Leute oft aus den angesehensten Familien Deutschlands dem Seedienst zu und dienen als Freiwillige auf den Hamburger und Bremer großen Seeschiffen, um so den Dienst praktisch von Unten auf zu erlernen. Eine zwar harte, aber tüchtige Schule.

Hoffentlich wird sich Preußen, das auch zu der deutschen Flotte am Meisten beigetragen hat (Oestreich zahlte gar keinen Beitrag, Baiern kaum die Hälfte von dem was es nach Bestimmung der Nationalversammlung sollte), der Flotte annehmen, was für diese von großer Wichtigkeit wäre. Sollte auch dieser Anfang wieder verloren gehen, die kaum eingeübte Mannschaft wieder entlassen werden, wahrlich die Schmach wäre zu groß für uns. Was helfen uns alle unsere Landheere, wenn wenige feindliche Fregatten hinreichen, den gesammten deutschen Seehandel von Memel bis Emden zu sperren? Die kleinsten Staaten, die nur etwas Seeküste besitzen, Sardinien, Neapel, Holland, Schweden, Dänemark haben eine Flotte, um wenigstens ihrer Flagge Schutz zu verleihen, ihre Küsten zu sichern und die deutschen Bundesstaaten außer Oestreich, mit 50 Millionen Einwohnern, waren bisher so ohnmächtig auf dem Meere, daß selbst der Dei von Tunis oder Tripolis, oder der Kaiser von Haiti, uns ungestraft beleidigen durfte. Und doch haben wir an 50,000 Matrosen, so wacker und seecersfahren, wie nur ein Volk der Welt sie besitzt und eine Handelsflotte, die nach der englischen den ersten Rang in Europa einnimmt.

J. v. W.

## Politische Weihnachtsbilder aus Sachsen.

### I.

Unsere Kammern haben Ferien gemacht; unsere Abgeordneten sind in ihre Heimath, zu ihren Familien und Geschäften zurückgekehrt. Von ihren Thaten können sie daheim noch wenig erzählen, denn der Landtag ist bisher kaum über den Anfang des Anfangs hinausgekommen. Die erste und größte Schuld dieser Verzögerung trägt die Regierung durch die unbegreiflich späte Ausschreibung der Wahlen,



in deren Folge die Kammern erst beinahe vier Wochen nach ihrer Zusammenberufung beschlußfähig wurden; an dem Reste haben die schwerfälligen sächsischen Geschäftsformen, die hergebrachte Umständlichkeit und Langsamkeit der Ausschussarbeiten, das häufige Hin- und Herreisen vieler Abgeordneten zwischen dem Orte ihrer ständischen Wirksamkeit und den gewohnten Kreisen ihrer heimischen Berufsthätigkeit, der sie sich nicht entziehen wollen, so ziemlich gleichen Antheil.

Die Bedeutung des gegenwärtigen sächsischen Landtags beruht weniger auf dem, was er nach innen für die politische und materielle Entwicklung des kleinen Ländchens wirken kann, (obgleich auch nach dieser Seite hin wichtige Aufgaben seiner harren), als vielmehr auf dem Gewicht, das er durch seine Entscheidung in der großen Lebensfrage der politischen Neugestaltung Deutschlands in die eine oder andere der auf- und niederschwankenden Waagschalen zu werfen berufen scheint. Sachsen ist militärisch, politisch, commercieell die wichtigste Position, wie für, so gegen den Bundesstaat; Sachsens Beitritt arrondirt diesen an seiner wichtigsten und gefährlichsten Stelle, an der Hauptgrenze gegen Oestreich, — drückt zugleich am Unmittelbarsten auf Baiern, indem er dasselbe isolirt. Mit Sachsen zur Rechten, mit Württemberg zur Linken könnte Baiern allenfalls daran denken, eine selbstständige Mittelstellung in Deutschland einzunehmen; ohne Sachsen ist es, selbst mit Württemberg und Hannover im Bunde, dazu außer Stande und hat, wenn es sich dem Bundesstaate beharrlich entziehen will, keine Wahl, als das nackte Vasallenthum Oestreichs. Sehr begreiflich daher, daß diese wichtigste Position von den Gegnern des Bundesstaates, (welche dieselbe leider zur Zeit innehaben), am Hartnäckigsten und mit allen Mitteln vertheidigt wird, daß alle Fäden der Intrigue hier zusammenlaufen und sich zu einem Knoten verschürzen, von dem nur zu wünschen ist, daß nicht am Ende das Schwert ihn zerhauen müsse.

Die Stellung der sächsischen Volksvertretung zu dieser für Sachsen, wie für ganz Deutschland wichtigsten Frage hängt aber mit der ganzen Haltung der Kammern, mit den Parteigegensätzen innerhalb derselben, mit ihrem Verhältniß zur Regierung und zu deren politischem System überhaupt so eng zusammen, daß es wohl der Mühe verlohnt, sie von diesem weiteren Gesichtspunkte aus ins Auge zu fassen.

Bei den Wahlen zum gegenwärtigen Landtage standen fast überall nur zwei Parteien, eine Rechte und eine Linke, ohne weitere Nuancirung einander gegenüber. Die abschreckende Erinnerung an die leztvorhergegangene, unter dem Namen des „Unverstandlandtags“ sprichwörtlich gewordene Versammlung mahnte alle nicht-radikalen Elemente der Wählerschaft zum festen Zusammenhalten, mit Beiseitsetzung jeder besondern Meinungsschattirung innerhalb dieses allgemeinen Standpunktes. Nur an einzelnen Orten ließ der zelotische Starrsinn der conservativen Ultras eine solche Einigung nicht zu Stande kommen, wofür denn diese Fraktion, freilich aber mit ihr unverschuldeter Weise auch die gemäßigt conservative Partei, durch



Unterliegen gegen die gemeinsamen Gegner, die Radikalen, büßen mußte. Im Lager dieser Letztern war zwar auch eine Spaltung ausgebrochen. Die Neuersten wollten die Wahlen so viel als möglich auf Solche lenken, die wegen ihrer Betheiligung am Maiaufstande landesflüchtig geworden, in Haft und Untersuchung oder von ihren Aemtern entfernt waren. Entweder hofften sie dadurch diesen zur Rückkehr oder Freiheit und zur Einstellung der gegen sie eingeleiteten Untersuchungen zu verhelfen, oder sie wollten wenigstens das Princip retten. Die klügeren Führer der Linken sahen das Gefährliche eines Beginnens ein, welches die Reihen der Linken für längere Zeit unvollzählig machen mußte, und riefen nach Kräften davon ab, konnten aber doch nicht verhindern, daß über ein Duzend Wahlen auf Suspendirte fielen, die nach dem Wortlaute des Wahlgesetzes nicht wählbar sind. Davon abgesehen indeß, trat auch die Linke meist als eine einzige, geschlossene Partei bei den Wahlen auf.

Die Blätter beider Farben verfehlten nicht, die Gewählten, je nachdem sie der einen oder andern Partei ihre Erwählung verdankten, als „gut“ oder „schlecht“, als Böcke oder Schafe einzuregistriren, sie mit einem \* zu begnadigen oder mit einem † zu brandmarken. So kam denn jeder Gewählte sogleich mit einem fertigen Signalement und Leumundszugniß in Dresden an; wußte man auch von den Meisten noch wenig oder nichts Zuverlässiges über ihre politische Richtung, weil sie zum ersten Male den Boden der Oeffentlichkeit betraten, so genügte es, daß man sie in den conservativen Blättern mit einem †, in den radicalen mit einem \* bezeichnet fand, um sie der Linken einzurangiren und ebenso umgekehrt.

Dieser Umstand war für die Gruppierung der Parteien von größerem Einfluß, als man vielleicht glauben möchte. Die Nothwendigkeit einer festen Parteibildung hatten die Conservativen schon beim letzten Landtag von den Radikalen gelernt. Einige in Dresden wohnhafte Abgeordnete jener Richtung waren daher beeifert, die in Dresden ankommenden Collegen, so weit sie bei denselben die gleiche Gesinnung voraussetzen durften, sofort an sich heran zu ziehen und zu vereinigen. Für die Linke hatte bereits dasselbe Geschäft mit gewohnter Behendigkeit und geübtem Takt der Abgeordnete Dr. Joseph übernommen. Er wußte seine Leute rasch herauszufinden und sie nicht blos „anzuziehen,“ sondern auch „festzuhalten.“

Die auf Gründung einer conservativen Partei Bedachten hatten weder die Praxis, noch die Personalkenntniß des radicalen Führers; sie begnügten sich daher, Diejenigen zum Beitritt aufzufordern, welche von der Presse als der conservativen Partei zugehörig bezeichnet waren. So entstanden von vornherein zwei große Heerlager, ein conservatives (oder besser gesagt, nichtradikales) und ein radikales. Auf bestimmte Programme einigte man sich nicht; die Linke scharte sich um die Traditionen der alten Vaterlandsvereinspartei und um die bekannten Persönlichkeiten, in denen diese Traditionen sich verkörperten; zur Rechten dagegen hielten alle Die, auf welche gerade jene Traditionen und jene Persönlichkeiten eine



mehr oder weniger abstoßende Wirkung ausübten. Daß es innerhalb dieser Rechten selbst wieder eine äußerste Rechte, ein rechtes und ein linkes Centrum gebe, und daß die beiden Endpole der äußerlich zusammenhaltenden Partei innerlich einander beinahe eben so fern, ja ferner ständen, als z. B. das linke Centrum der gemäßigten Linken, verhehlte man sich nicht; allein die gemeinsame Gefahr, die von der Linken, früheren Erfahrungen nach, zu drohen schien, hielt auch das Widerstrebende zusammen und ließ eine Trennung in gesonderte und dadurch schwache Gruppen bedenklich erscheinen. Auch die Linke stellte offenbar, wenigstens in der zweiten Kammer, wo es an einem überragenden Führer fehlte, bei Weitem nicht eine so compacte und blindlings gehorchende Masse dar, wie beim vorigen Landtag; vielmehr unterschied man bald eine gemäßigte Linke, eine eigentliche Linke und eine äußerste Linke, die bei manchen Fragen sich spalteten. Dennoch bildete auch die Linke im Ganzen eine geschlossene Partei und hielt bei eigentlichen Partei- und Personenfragen in der Regel fest zusammen. Der Einzige, Dieskau, ging seinen Weg einsam für sich, nachdem er gleich in einer der ersten Clubberatungen seine allzu scharf zugespitzten demokratischen Grundsätze von der Partei nicht getheilt und unterstützt sehen mußte.

Noch eine andere Aeußerlichkeit wirkte entscheidend zu der Gestaltung der Parteien mit, wenigstens in der zweiten Kammer. Die Sitzordnung ist hier dergestalt eingerichtet, daß es nur eine Rechte und eine Linke gibt; blos drei Plätze, dem Directorialtische gerade gegenüber, bilden als eine Art von Centrum die Verbindung zwischen den beiden Seiten. In der Mitte dieses Centrums nahm der ehemalige Chef des Märzministeriums, Braun, seinen Platz; von ihm nach links zu Klinger, dessen politischer Richtung diese Stellung ganz entspricht; der Rechten näher dagegen der von Frankfurt her als Mitglied der „Erbkaiserpartei“ bekannte Mauksch. Alle Uebrigen waren genöthigt, schlechtthin entweder auf der Rechten oder der Linken sich niederzulassen.

So war von vornherein der einfache, scharfe Gegensatz zweier Hauptparteien gegeben, die Bildung eines Centrums aber wesentlich erschwert. Von der Linken, selbst der gemäßigsten wäre Keiner dahin zu bringen gewesen, auf der rechten Seite Platz zu nehmen — was hätten die „gesinnungsmäßigen“ Wähler, was die radicalen Blätter dazu gesagt. Eben so wenig war man von der andern Seite geneigt, den Rubicon zu überschreiten und sich auf den Sitzen niederzulassen, die durch ihre Inhaber vom vorigen Landtage her, eine so zweideutige Berühmtheit erlangt hatten. Ein Einziger, Funkhanel, hatte den Muth, obwohl grundsätzlich den Radicalen abgewandt, dennoch zu ihnen auf die Linke sich zu setzen. Eine Mitte, wo die sich nahestehenden Pole beider Seiten hätten zusammenkommen mögen, gab's nicht, und so blieben die Linke und die Rechte, ohne äußerliche Vermittelung, streng von einander getrennt.

Dieser Umstand hatte noch eine weitere, nicht unerhebliche Folge. Der linken



Plätze waren mehr, als der rechten; von denen überdies die auf der äußersten, wieder aus Scheu vor übler Nachrede, zum Theil leer blieben. Bald gab es daher auf der Rechten, namentlich in deren vordersten Reihen, keine leeren Sitze mehr, und die Neuankommenden waren wohl oder übel genöthigt, auf der Linken Platz zu nehmen. Man weiß, welchen Einfluß auf schwache Gemüther solche Neußerlichkeiten im Bunde mit dem täglichen Umgang und der fortwährenden unmittelbaren Ansprache von der einen Seite, ohne Gegengewicht von der anderen, so leicht üben. Hätten die Conservativliberalen dies bedacht und von vornherein statt nur die für Viele anstößigen Plätze auf der Rechten zu besetzen, auch über die vordersten Reihen links sich ausgebreitet, so wäre vielleicht Mancher, der ihnen jetzt verloren geht, für sie gewonnen worden.

In der ersten Kammer finden diese Uebelstände der Sitzordnung nicht statt; dort treffen beide Parteien äußerlich ungetrennt in der Mitte zusammen. Dennoch ist es auch dort zur Bildung eines selbstständigen Centrums nicht gekommen. Die Linke in der ersten Kammer wird von Joseph in fester Hand gehalten, und wenn bisweilen einzelne Uebergangs- und Vermittlungsmomente von ihr zur Rechten hin hervortreten schienen, so wußte der gefürchtete Führer solche immer wieder in seine Botmäßigkeit zurückzuführen und eine selbstständige Parteistellung derselben außerhalb der eigentlichen Linken zu verhindern.

Die ersten, vorbereitenden Sitzungen der Kammern zeigten denn auch nur zwei Parteien, die sich schroff und unveröhnlich gegenüberzustehen schienen. Es galt die Prüfung der Wahlen. In den Abtheilungsberatungen darüber hatte die Rechte den Grundsatz möglichster Liberalität befolgt, theils um die Beschlußfähigkeit der Kammern nicht noch länger zu verzögern, theils aus wirklich veröhnlicher Gesinnung. So kam es, daß in der zweiten Kammer nicht eine einzige Wahl eines Abgeordneten der linken Seite beanstandet ward. Allein die Linke befolgte das von der Rechten gegebene Beispiel nicht, warf sich vielmehr mit einer schlechtverhehlten persönlichen Feindseligkeit auf die bei einzelnen Wahlen der rechten Seite vorgekommenen Unregelmäßigkeiten und suchte diese Wahlen, wie wohl vergeblich zu cassiren. Nichts desto weniger that die Rechte einen zweiten veröhnlichen Schritt, indem sie, die damals in beiden Kammern die Mehrheit besaß, bei der Wahl der Directorien unaufgefordert einigen Mitgliedern der Gegenseite Stellen darin einräumte. Die Linke schien jedoch die dargebotene Hand so wenig ergreifen zu wollen, daß mehrere der Gewählten diese Wahl, gleichsam als eine ihnen aufgedrungene widerwärtige Verpflichtung ablehnten.

Nach diesem Vorspiel war man auf heftige Principienkämpfe mit der Linken beim Beginn der ordentlichen Sitzungen gefaßt. Unerwarteter Weise kam es anders. War es klug berechneter Plan oder wirklich gewonnene Einsicht von den Vortheilen einer gemäßigten Opposition, war es das Gefühl der moralischen Grenzen. 1. 1850.



derlage, welche die Partei durch ihre Uebertreibungen beim vorigen Landtag erlitten hatte, und das Bedürfniß durch maßvolleres Benehmen sich in der öffentlichen Meinung zu rehabilitiren, oder war es nur das augenblickliche Zurückweichen vor den Schwierigkeiten der Lage und das schlaue Abwarten eines gelegeneren Zeitpunktes für Durchsetzung ihrer Absichten, was die Führer der Linken von jedem schroffen, ja beinahe von jedem entschiedenen Auftreten zurückhielt — genug, die Linke schien geflissentlich einen Principienkampf mit der Rechten und der Regierung zu vermeiden, oder wo er sich nicht vermeiden ließ, ihm wenigstens so viel als möglich von seiner Schärfe und Bitterkeit zu nehmen. So weit ging man, einen öffentlichen Bruch mit der äußersten republikanisch-socialistischen Partei, deren Organ die „Dresdner Zeitung“ ist, herbeizuführen. Auf die fortgesetzten Provocationen dieses Blattes an die Linke in den Kammern, worin letzteren Mangel an Entschiedenheit, Verleugnung der demokratischen Principien vorgeworfen ward, erschien in den „Vaterlandsblättern“ ein geharnischtes Manifest (aus der Feder des Dr. Joseph), worin die Uebertreibungen der „Dresdner Zeitung“, als dem wahren Interesse der demokratischen Partei gefährlich, entschieden zurückgewiesen wurden. Die „Dresdner Zeitung“ bestand darauf, daß man sofort bei der Adreßdebatte alle Mienen zum Sturz des Ministeriums springen lasse; die Linke in den Kammern einigte sich mit der Rechten, gar keine Adreßdebatte zu erlassen. Die „Dresdner Zeitung“ wollte, daß die Linke entweder nur eine ganz unbeschränkte Amnestie für alle Maiangeklagte annehme, oder, noch lieber, jede Amnestie zurückweise, und statt deren die Stellung der Maiangeklagten vor Geschworne verlange; die Linke in den Kammern zeigte sich mit der von der Rechten beantragten, beschränkten Amnestie zufrieden, und unterdrückte ihre weitergehenden Wünsche. Bisweilen trieb man diese Geflissentlichkeit des Maßhaltens und Rücksichtnehmens fast bis zur Affectation, so wenn die Linke in der ersten Kammer, Joseph voran, die Erwählung des Prinzen Johann in einen der Ausschüsse betrieb, um dessen Eintritt in die Kammer zu veranlassen. Wie man sagt, ist es ein Bestandtheil der neuesten Josephinischen Politik, gegen die höchste Stelle die größte Rücksichtnahme zu beobachten (früher that er bisweilen das Gegentheil), die ganze Schärfe seiner Opposition aber das Ministerium fühlen zu lassen. Nicht minder auffallend war es, als derselbe Parteiführer hartnäckig auf der Ausschließung eines der bedeutendsten radicalen Parteigänger, des Abgeordneten v. Wagdorf, wegen gewisser, bei seiner Wahl vorgekommenen Unregelmäßigkeiten bestand, so daß Wagdorf nur durch Einsprache seiner entschiedenen politischen Gegner, des Prinzen Johann und des Herrn von Carlowitz, in der Kammer erhalten ward.

Manche wollen wissen, daß die Linke entschlossen sei, ihre ganze Widerstandskraft auf die Finanzfrage zu concentriren und durch eine allgemeine oder partielle Steuerverweigerung, entweder das Ministerium oder den Landtag in die Luft zu sprengen. Die Festigkeit, mit welcher Joseph in der Amnestiedebatte gegen



das Ministerium austrat, dasselbe geradezu wegen seines Widerstandes gegen die Frankfurter Reichsverfassung des Hochverraths bezüchtigte, schien anzudeuten, daß, trotz aller äußern Mäßigung, dennoch dieser Hauptanführer der Linken zu einer unversöhnlichen Opposition gegen das Ministerium entschlossen sei, und Herr von Bagdors, der in der ersten Kammer ebenso auf der Aeußersten sich befindet, wie v. Dieskau in der zweiten, hat bereits diese Opposition von dem Gebiete der Worte auf das der Thaten hinübergetragen, indem er noch in der letzten Sitzung vor den Weihnachtsferien eine förmliche Anklage der Minister theils wegen des Belagerungszustandes, theils wegen gewisser Verordnungen über Forterhebung der Steuern beantragte.

(Beschluss folgt)

### Die letzte Serenade.

#### Episode aus der ungarischen Revolutionsgeschichte.

Mit dem 1. Juli 1849 begann die zweite große Patriotenwanderung von Pesth aus. Der Sieger von Brescia nahete. Man wußte, was der Ungar von ihm zu erwarten habe. Und wer nur irgendwie kompromittirt war, eilte davon, um der Begnadigung zu Pulver und Blei, der Verurtheilung zum Strang oder zur zwanzigjährigen Schanzarbeit in schweren Eisen zu entgehen.

Der Abschied der Einzelnen von den Ahrigen war eben nicht sehr traurig. Man wählte, es gelte nur eine kurze Trennung. In wenigen Wochen kehren wir wieder, wie damals im Winter von Debreczin, als Sieger zurück.

Kossuth selbst hatte das Signal zum Aufbruch gegeben. Er war der erste, welcher — schon am 1. Juli — Pesth verlassen und sich nach Eger abgeben hatte, bevor noch das Publikum von der drohenden Gefahr unterrichtet war. Nach der, für uns ungünstig ausgefallenen Schlacht bei Raab (30. Juni), hatte Görgey der Regierung die dringende Weisung zugesandt: „sie möge keinen Augenblick säumen, ihren Sitz wieder in die Gegend jenseits der Theiß zu verlegen, indem er für ihre Sicherheit in Pesth keine 24 Stunden garantiren könne.“ Kossuth war vom panischen Schrecken ergriffen alsogleich abgereist. Die Minister und der Reichstag sollten ihm auf dem Fuße folgen. Am nächsten Tage zeigte es sich aber, daß Görgey's Drohung doch etwas übertrieben war. Er wollte die Regierung schnell in die Theißgegend schicken, um oben völlig freie Hand zum Operiren und Unterhandeln zu gewinnen. Kossuth blieb in Eger, wo damals auch die Perczel-Dembinsky'sche Armee concentrirt war, kam aber mittelst